

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

CHESTER BOWLES

Frischer Wind in unserer Asienpolitik

Mit Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir aus der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ (Oktober 1954) den folgenden Artikel von Chester Bowles:

Wir sind in Asien an einem Scheideweg angelangt und eine umfassende Überprüfung unserer dortigen Politik ist deshalb notwendig. Gerade der Teil Asiens, dem wir bisher die geringste Aufmerksamkeit geschenkt haben, dürfte nicht nur für unsere eigene Zukunft, sondern für die der ganzen demokratischen Welt von ausschlaggebender Bedeutung sein. In dem weiten, sichelförmigen Gebiet, das sich vom Mittelmeer über den Mittleren Osten und Indien nach Südostasien und der südchinesischen See erstreckt, lebt ein Drittel aller Menschen. Sie sind unruhig und schwanken zwischen den Fronten, voll Mißtrauen gegenüber den westlichen Demokratien, aber auch voll Abneigung, ihr Schicksal an Moskau oder Peking zu binden.

Lange Zeit waren die sowjetischen Politiker davon überzeugt, daß der Weg zur Weltherrschaft über Asien führe und Europa sicher fallen werde, wenn sie Asien besäßen. Infolgedessen schenkte Moskau in erster Linie den 700 Millionen freien Asiaten seine Aufmerksamkeit. Es war ein Glück für die freie Welt, daß die Geschick-

ziger und dreißiger Jahren den weiten, empfindlichen Kolonialgebieten Südasiens zuteil werden ließen, bewies, wie wenig sie bis dahin gelernt hatten.

Daß der Kommunismus gegenwärtig eine so starke Position in Asien hat, verdankt er nicht dem revolutionären Genius der Sowjets sondern der Chinesen. Der kommunistische Erfolg ist vor allem das Verdienst von Mao Tse-tung. Die Herrschaft über die revolutionären Kräfte Asiens ermöglichte es ihm, aus der Niederlage Japans und den Fehlern Chiangs Kapital zu schlagen und die chinesische Volksrepublik zu schaffen. Mao also verschaffte dem Weltkommunismus in Asien eine zweite Chance; doch hat auch die Sowjetunion jetzt das ganze Ausmaß der Möglichkeiten begriffen. Die kommunistischen Führer haben gelernt, daß Druck auf Europa die Einigkeit des Westens stärkt, daß aber Druck auf Asien sie zerfetzt, und Molotow und Tschu-En-lai haben es in erfolgreicher Zusammenarbeit fertiggebracht, den Druck in ihrem Sinne zu steuern.

Bewußt oder unbewußt haben wir ihnen die Arbeit wesentlich erleichtert. Denn Amerika hat auf den vielfältigen kommunistischen Lockruf nur militärische Antworten zu geben gewußt. Wenn es sich um vorwiegend politische und wirtschaftliche Fragen handelte, haben wir meistens nur Kasernen zu bieten gehabt. Den vielen Mil-

lionen verarmter und enttäuschter Menschen haben wir nur Gegenrevolutionen vorgeschlagen, die außer dem Gedanken eines bewaffneten Anti-Kommunismus überhaupt keinen politischen oder ideologischen Inhalt hatten. Die Folgen waren dann auch verheerend. Anstatt die „Initiative in der Zurückdrängung des Kommunismus“ in Asien zu übernehmen, wie wir uns noch vor einigen wenigen Monaten rühmten, hat der Kommunismus seine Position ständig verbessern können, während die amerikanische schlechter geworden ist.

Eine genaue Überprüfung unserer Asienpolitik ist daher sicher notwendig. Ein parteiisches Urteil aber, das nur die alte Politik der demokratischen oder republikanischen Regierung zu rechtfertigen versucht, würde uns nichts nützen. Nur wenn wir uns mit den großen wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Kräften auseinandersetzen, die die Entwicklung in Asien bestimmen, können wir uns überhaupt sinnvoll mit den Problemen beschäftigen. Ich bin für eine leidenschaftslose, wohlüberlegte Überprüfung, wobei ein Seitenblick auf die Monroe-Doktrin für uns nur lehrreich sein dürfte — die als einer der entscheidenden Entschlüsse der amerikanischen Politik gilt und gefaßt wurde, als wir, wie die freien Nationen Asiens, jung, „neutral“ und gefährdet waren.

Geopolitische Faktoren

Eine kurze Übersicht über die geopolitischen Faktoren, die die Geschichte Südasiens und des Mittleren Ostens beeinflußt haben, dürfte uns den Einblick in die Lage erleichtern. Indien ist ein strategisches Zentrum zwischen zwei geographischen Schultern. Im Westen erstreckt sich der Mittlere Osten von Westpakistan über Persien, den Irak und Saudi-Arabien bis zur Türkei und dem Mittelmeer. Östlich schließen sich die südostasiatischen Länder von Burma, Thailand und Indochina nach Malaya und Indonesien an. Während der letzten drei Jahrhunderte waren diese

beiden Schultern meistens ein politisches Vakuum, das keine Kraft hatte, Eindringlinge abzuwehren.

Die Geschichte chinesischer Angriffe auf Südostasien gerät oft in Vergessenheit. Das kaiserliche China hat jahrhundertlang Tribut vom heutigen Burma und Indochina bezogen, und rotchinesische Landkarten schließen diese Gebiete in das „größere China“ ein. Der Rückgang der chinesischen Macht im 17., 18. und 19. Jahrhundert hat die reichen Gebiete Südasiens politisch geschwächt, und die englischen, französi-

INHALT DIESER BEILAGE:

Chester Bowles:

Frischer Wind in unserer Asienpolitik

Paul Bausch:

Freiheit zum Unglauben (S. 15)

lichkeit der sowjetischen Taktiker nicht mit dem schon frühzeitig entwickelten Weitblick der sowjetischen Geopolitiker Schritt hielt. Die im Jahre 1923 nach dem China Sun-Yat-sens geschickte Kominterndelegation enthüllte eine peinliche Unkenntnis über die inneren Triebkräfte asiatischer Revolutionen, und die ungeschickte Behandlung, die die Sowjets in den zwan-

schen und niederländischen Kolonialmächte haben dann schrittweise in einer für alle Teile tragbaren und einträglichen Form von diesem Vakuum Besitz ergriffen.

Das im Mittleren Osten vorhandene Vakuum war jedoch ein ständiger Anlaß für Streitigkeiten zwischen den Westmächten. Am Ende des 18. Jahrhunderts gewann schließlich England das Rennen um die Reichtümer Indiens. Aber Englands Stellung in Indien stand fast immer unter dem Druck des zaristischen Rußlands, dessen Ziel es war, starke strategische Stützpunkte am Mittelmeer und im Persischen Golf — und vielleicht sogar in Indien selbst — zu bilden.

Heute gibt es keine Engländer in Indien mehr und damit auch nicht mehr die Kombination von Diplomatie, Entschlossenheit und starken, ständig einsatzbereiten Streitkräften, die in diesem historischen Vakuum zum Vorteil des englischen Empire lange Zeit für Stabilität gesorgt hatten.

Als Indien 1947 die Unabhängigkeit erhielt, wurde die indische Armee — das Rückgrat englischer Politik in Asien — neutralisiert, denn durch die Teilung Indiens wurde sie in zwei rivalisierende Armeen aufgespalten.

Der russische Druck auf den Mittleren Osten hat nicht aufgehört, und seit 1950 haben die Chinesen ihren Druck auf Südostasien außerordentlich verstärkt. Ohne den Rückhalt durch die indische Armee ist die englische Diplomatie nicht in der Lage gewesen, dieser Bedrohung entgegenzutreten, und daher sahen sich die Vereinigten Staaten gezwungen, eine stärkere Position zu beziehen.

Durch die Vereinten Nationen veranlaßten wir Rußland 1946 sich aus Persien zurückzuziehen. Auf Grund der Truman-Doktrin konnten wir Griechenland und der Türkei militärische und wirtschaftliche Hilfe leisten, auf die die Sowjets entsprechend zaristischem Vorbild einen starken Druck in Richtung auf das Mittelmeer ausübten. In den letzten Jahren haben wir einen weitgeschwungenen, von Japan bis Marokko reichenden Ring von Luftstützpunkten aufgebaut, haben in gewissem Umfang wirtschaftliche Hilfe gewährt, im Rahmen des Möglichen für die militärische Ausrüstung gesorgt — wie in Korea und Thailand —, haben Nationalarmeen ausgebildet, und die Franzosen in ihrem Kampfe um den Besitz Indochinas sehr stark mit Materiallieferungen unterstützt und versucht, eine Reihe antikommunistischer Bündnisse zustande zu bringen.

Unsere strategischen Luftstützpunkte haben unsere Ausgangsposition für einen dritten Weltkrieg gestärkt. Unsere Bemühungen um die Aufstellung und Ausbildung furchteinflößender antikommunistischer Eingeborenenarmeen waren in den äußersten Flanken des südasiatischen Halbmondes von Erfolg gekrönt — nämlich in der Türkei und in Formosa. Aber es sind nur geringe Fortschritte in der Bildung einer Verteidigungslinie in Südasiens selbst erzielt worden, und unsere politische Stellung hat sich dort ständig verschlechtert. Abgesehen von bestimmten Vorteilen hat die Pakistan gewährte Militärhilfe unseren Beziehungen zu Indien ernsthaft geschadet und die Sowjets zu einem verstärkten Druck auf Afghanistan veranlaßt, das von jeher in diesem

strategisch wichtigen Gebiet als Pufferstaat gedient hat. Unsere Luftstützpunkte haben weitgehend Mißtrauen und Verdruß gerade bei den Völkern geweckt, die wir dadurch schützen wollten. Die an die Franzosen in Indochina gewährte Militärhilfe in Höhe von fast 3 Milliarden Dollar hat nicht vermocht, eine der schmachlichsten Niederlagen in der Geschichte zu verhindern.

An einem großen Teil der Schwierigkeiten ist die neutralistische Haltung Asiens schuld, die die Westmächte, denen die Ziele des Weltkommunismus schon seit langem völlig klar sind, verständlicherweise in Erstaunen versetzt hat. Dieser Neutralismus wird aus drei Quellen gespeist, die wir kennen müssen, wenn wir uns erfolgreich mit ihm auseinandersetzen wollen.

Erstens, die meisten nichtkommunistischen Asiaten sind der Überzeugung, daß für sie die größte Gefahr nicht eine offene Aggression seitens Moskaus oder Pekings ist, sondern die kommunistische Unterwanderung, für die die schwache wirtschaftliche Struktur der asiatischen Länder der beste Nährboden ist. Dies erklärt die außerordentliche Konzentration asiatischer Staaten auf innerstaatliche Angelegenheiten.

Zweitens, die freien Asiaten haben eine lange und bittere Erfahrung mit dem westlichen Kolonialismus hinter sich, was ihre Beziehungen zu den westlichen Demokratien trübt und sie gegenüber westlicher Politik in Asien mißtrauisch macht. Unsere ganzen Anstrengungen, sie vor dem Kommunismus zu „retten“, haben da-

her nur Verdruß über die sogenannten Befreier erregt.

Drittens, in Asien wie auch in Europa ist man fest davon überzeugt, daß Rotchina nicht von Moskau kontrolliert werden könne und vielleicht eine unabhängige Politik entwickeln würde, „wenn nur die Tür zur Welt offenbleibe“.

Diese Ansichten können falsch sein, doch sind sie tief eingewurzelt und werden nicht ohne weiteres aufgegeben werden. Wenn wir zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem neuen freien Asien kommen wollen, müssen wir dem Rechnung tragen. Vor allem müssen wir tief durchdrungen sein von der Erkenntnis, daß wir nicht allmächtig und nicht Herr der Lage sind, wie wir geglaubt haben, und in vielen Teilen der Welt nichts weiter tun können als helfen, wenn es nicht um einen totalen Krieg geht.

Ein von Amerika inspiriertes, organisiertes und geleitetes Verteidigungsprogramm für Asien würde in eine politische Sackgasse führen. Wenn Südostasien und der Mittlere Osten in den nächsten zehn Jahren kein Opfer kommunistischer Unterwanderung oder Aggression werden, dann vor allem deshalb, weil die dort lebenden Völker die wahre Natur der kommunistischen Bedrohung erkannt und Schritte zu ihrer Bekämpfung unternommen haben. Wollen wir diese Entwicklung wirklich fördern, dann müßten wir zu tadeln aufhören und uns mit den Eingeborenen zusammensetzen, die in den nächsten Jahren die Geschichte dieses weiten, vielschichtigen Gebietes im Guten oder Schlechten schreiben werden.

Historische Vergleiche

Historische Vergleiche hinken oft. Doch drängt sich der Vergleich zwischen dem derzeitigen Standpunkt des „neutralistischen“ Asien und den Ansichten auf, die im vergangenen Jahrhundert unserer eigenen Außenpolitik das Gesicht gegeben haben.

Die Vereinigten Staaten sind, wie die erst kürzlich unabhängig gewordenen Nationen Asiens, in einer Periode revolutionären Umbruchs entstanden. 1789, also im gleichen Jahr als die französische Monarchie zusammenbrach, wurde unsere Verfassung in Kraft gesetzt. Während der Amtszeit der Präsidenten Washington, Adams, Jefferson und Madison waren die französische Revolution und die Napoleonischen Kriege in vollem Gange. Von Beginn der Revolutionsherrschaft im Jahre 1780 an bemühten sich gut bezahlte französische und englische Agenten unermüdlich darum, die neu entstandene nordamerikanische Nation fester auf die Seite einer der beiden großen Machtkomplexe zu ziehen. Gleich vielen Indern haben zu jener Zeit viele Amerikaner gegensätzliche Ansichten vertreten und einander beschuldigt, Werkzeuge fremder Mächte zu sein.

Vor diesem Hintergrund innerer und äußerer Unsicherheit hielt Präsident Washington am 19. September 1796 seine Abschiedsrede an das amerikanische Volk. Die von Washington empfohlene Politik amerikanischer Neutralität und dynamischer Unabhängigkeit ähnelt verblüffend

den Forderungen, die heute Nehru für die indische Politik erhebt. „Seid redlich und gerecht zu allen Nationen“, sagte Washington. „Haltet Frieden und lebt in Harmonie mit allen... Eine übermäßige Zuneigung einer Nation für eine andere bringt nur mancherlei Unglück... Es ist unsere Politik, uns von dauernden Bündnissen mit irgendeinem Teil der Welt fernzuhalten“. Eineinhalb Jahrhunderte später führen die Vertreter der neugebildeten Nationen Asiens in Neu-Delhi, Rangoon und Djakarta genau die gleiche Sprache. Und Amerikas erbitterte Reaktion im Jahre 1954 ähnelt auffallend derjenigen Englands, als es darum kämpfte, Napoleon an der Eroberung der halben Welt zu hindern.

Auch der Zeitraum von 1800 bis 1820 wies gewisse politische Tendenzen auf, die denen der vergangenen zwanzig Jahre weitgehend gleichen. In Europa waren die führenden Mächte gerade so wie in der Welt heute in zwei gegensätzliche Lager geteilt, und wechselnde Bündnisse wurden abgeschlossen. So taten sich England, Rußland und ihre Alliierten zusammen, um Napoleons Angriff zurückzuschlagen, so wie wir uns verbündeten, um Hitler zu besiegen. Analog sind auch die schnellen Veränderungen innerhalb der Machtblöcke nach Überwindung der Gefahr. Rußland, Englands wichtigster Verbündeter in den Napoleonischen Kriegen, übernahm nach Kriegsende die Führung der Heiligen Allianz-Koalition gegen England, genau so wie Rußland nach der Niederlage Hitlers mit seinen Satelliten

und China eine Koalition gegen den Westen ins Leben rief.

Immer noch bestrebt, sich aus den „europäischen Streitigkeiten“ herauszuhalten, standen die amerikanischen Politiker im Jahre 1814 nach dem Zusammenbruch der Napoleonischen Armeen bei Waterloo neuen und ganz unerwarteten Problemen gegenüber. Die Bewohner Südamerikas hatten sich den europäischen Krieg zunutze gemacht, die Herrschaft der Kolonialmächte Spanien und Portugal abgeworfen und unabhängige Nationen gebildet. Die Vereinigten Staaten, die sich erst selbst vor gar nicht langer Zeit ihre Freiheit von englischer Herrschaft erkämpft hatten, haben diese Entwicklung begünstigt und direkte und indirekte Hilfe geleistet.

Nach Abschluß des Friedens hatten die Spanier und Portugiesen die Absicht, die Kontrolle über die südamerikanischen Staaten wieder herzustellen, wobei sie der Unterstützung der Heiligen Allianz, Rußland, Preußen und Österreich, sicher waren. Die Engländer hingegen, die gerade einen ausgedehnten Handel mit südamerikanischen Häfen zu treiben angefangen hatten, der ihnen vorher von Portugal und Spanien untersagt gewesen war, widersetzten sich energisch diesen Plänen.

Zu dieser Zeit besaßen die Vereinigten Staaten keine schlagkräftige Armee und nur eine unbedeutende Flotte. Aber ihr moralischer Einfluß in der ganzen Welt war genau so groß wie der Indiens heutzutage. Und genau so wie die beiden Machtblöcke heute um Indiens Freundschaft werben, so haben sich von 1820 bis 1823 die von Rußland geführte Heilige Allianz und die englische Regierung um die Zustimmung und Unterstützung Amerikas bemüht. Am 5. Juli 1820 berichtete Minister John Quincy Adams unserem Gesandten in St. Petersburg über das ihm kürzlich vom russischen Gesandten in Washington gemachte Angebot. Sein Brief verrät ein Dilemma, welches dem der gegenwärtigen südasiatischen Führer wie Nehru gleicht:

„Die Aufrechterhaltung einer standhaften und behutsam gehandhabten Unabhängigkeit ohne jegliche Verwicklung in die europäischen Angelegenheiten“, schrieb Adams, „ist vom Frieden im Jahre 1783 an bis auf den heutigen Tag ein wesentliches Anliegen unserer Politik unter jeder Regierung geworden... Doch wird es immer schwieriger, unseren Entschluß aufrechtzuerhalten und die Versuchungen, ihn aufzugeben, mehren sich... Der derzeitige russische Gesandte hat direkt, wenn auch inoffiziell, die Bitte vorgetragen, die Vereinigten Staaten sollten sich offiziell der Heiligen Allianz als Mitglied anschließen...“.

1823 aber war die Regierung des Zaren den an die Demokratie glaubenden Amerikanern so widerwärtig wie heute ihre kommunistischen Nachfolger dem größten Teil des freien Asiens. Der Vorschlag der Heiligen Allianz wurde höflich aber bestimmt abgelehnt, so wie die freien Völker Asiens es bis heute abgelehnt haben — für westliche Begriffe zu höflich — sich mit dem Kommunismus zu verbinden.

Noch offener und unverblümter haben die

Engländer die Vereinigten Staaten zu einer kräftigen Opposition gegen die Eingriffe der Heiligen Allianz in Südamerika aufgefordert. Am 20. August 1823 schrieb der englische Außenminister, George Canning, einen privaten und vertraulichen Brief an den amerikanischen Gesandten in London, Richard Rush. Darin sprach Canning den Verzicht Englands auf Einmischung in die neu gewonnene Unabhängigkeit der südamerikanischen Staaten aus. Dann fügte er hinzu: „Wir würden es nicht gleichmütig ertragen, wenn irgendeine Macht diese Unabhängigkeit antasten sollte. Wenn Ihre Regierung diese Ansicht teilt, warum sollten wir dann noch zögern, uns zu verständigen und sie öffentlich bekanntzugeben?“

Cannings Vorschlag fand in Washington eine umgehende Antwort. Nach Beratung mit Minister Adams fragte Präsident Monroe alle seine noch lebenden Vorgänger auf dem Präsidentenstuhl um Rat. Thomas Jefferson, der kein Freund Englands war, erwiderte umgehend, daß ein Abkommen mit England nicht nur die günstigste Aussicht auf Verhinderung europäischer Angriffe auf Südamerika bieten, sondern auch dem Grundsatz der amerikanischen Außenpolitik dienen werde, sich aus europäischen Kriegen herauszuhalten. John Adams und James Madison stimmten zu.

Monroe und sein Minister entschlossen sich jedoch für eine einseitige amerikanische Erklärung. Das Tagebuch von John Quincy Adams sagt darüber folgendes: „Es bot sich die passende Gelegenheit, uns gegen die Heilige Allianz zu erklären und gleichzeitig Englands Angebot abzulehnen. Es ist aufrichtiger und würdiger, Rußland und Frankreich unsere Grundsätze deutlich klarzumachen als unser Ziel in einem „Beiboot im Kielwasser der englischen Kriegsschiffe“ zu erreichen...“.

1823 fühlten die Amerikaner die Wunden des englischen Kolonialismus noch so frisch wie die Inder heute, und sie hatten ein ähnlich starkes

Bewußtsein von Englands Stellung als führender Weltmacht. Adams wußte, daß unter diesen Umständen ein Bündnis zwischen Amerika und England ungeachtet der Zweckmäßigkeit in den ganzen Vereinigten Staaten eine politische Explosion verursachen würde. Obgleich Amerika niemals Kolonien in Südasien besessen hat, scheinen ihm seine engen Beziehungen zu seinen europäischen Verbündeten und die gegenwärtige Weltlage oft die Rolle des Erben westlicher Kolonialtradition aufzudrängen. Nehru weiß sehr wohl, daß ein indisch-amerikanisches politisches Bündnis in Indien heute auch zu einer Explosion führen würde.

Am 2. Dezember 1823 schlug Monroe als Teil seiner siebenten Jahresbotschaft an den Kongreß seine berühmte Doktrin vor: „Das politische System der verbündeten Mächte ist wesentlich verschieden... von dem Amerikas... Es ist unmöglich, daß die alliierten Mächte ihr politisches System in irgendeiner Form auf den (amerikanischen) Kontinent ausdehnen könnten, ohne nicht unseren Frieden und unser Wohlbefinden zu gefährden... Es ist für uns daher ausgeschlossen, einem solchen Eingreifen mit Gleichmut zuzusehen“. Obgleich die Engländer mit ihrem Monroe unterbreiteten Vorschlag einer zweiseitigen politischen Erklärung über die Beziehungen zu den südamerikanischen Staaten keinen Erfolg gehabt hatten, wußten sie die Lage zu ihrem Vorteil zu nutzen, und Außenminister Canning beschränkte sich auf eine gelegentliche Bemerkung im Abgeordnetenhaus.

So haben sich die Vereinigten Staaten schon frühzeitig in ihrer Geschichte einen Elementargrundsatz der Weltgeschichte zu eigen gemacht, den wir später oft außer acht gelassen haben: Daß nämlich Neutralität und Außerhalbstehen nicht von unseren Wünschen abhängen und daß oft ein geringes Maß von rechtzeitigen, konstruktiven und friedlichen Interesse eine spätere tragische und blutige Verwicklung zu verhindern imstande ist.

Unterschiede und Ähnlichkeiten

Natürlich gibt es viele in die Augen springende Unterschiede zwischen Indiens Stellung heute und der der Vereinigten Staaten im Jahre 1823. Doch nicht geringer sind die verblüffenden Ähnlichkeiten.

Südamerika um 1823 war, wie heute der Mittlere Osten und Südostasien, ein politisches Machtvakuum, das auf den Ehrgeiz der fremden Mächte wie ein Magnet wirkte. Indien und das freie Asien haben heute das gleiche brennende Problem wie die Vereinigten Staaten im Jahre 1823: Nämlich wie verhindert werden kann, daß der Streit zwischen den Mächten zu einem Weltkrieg wird, der auf der Schwelle des Landes ausbricht und unweigerlich zu kriegerischen Verwicklungen führen müßte.

Genau wie die Vereinigten Staaten im Jahre 1823 ist heute Indien der Ansicht, daß die Brennpunkte der Zwistigkeiten zu weit von seinen Grenzen entfernt sind, als daß es aus seiner Reserve heraustreten müßte. Indien ist, genau

wie die Vereinigten Staaten im Jahre 1823, viel zu sehr mit seinen eigenen schwierigen wirtschaftlichen Problemen, Entwicklungsmöglichkeiten und Zivilisationsfortschritten beschäftigt. Indien hegt, wie die Vereinigten Staaten im Jahre 1823, größtes Mißtrauen gegen den Kolonialismus und bemüht sich, die Unabhängigkeitsbestrebungen der Nationen zu unterstützen, die sich von der kolonialen Herrschaft befreien wollen. Indien ist, wie die Vereinigten Staaten im Jahre 1823, davon überzeugt, daß seine besten Chancen für Frieden und wachsenden Wohlstand in der Aufrechterhaltung korrekter Beziehungen zu allen Mächten liegen und das indische Volk davor bewahrt werden muß, ideologisch in die derzeitigen Kämpfe verwickelt zu werden.

Wie weit läßt sich diese Parallele führen? Ist sich Indien, wie die Vereinigten Staaten im Jahre 1823, bewußt, daß eine unabhängige Position nur durch eine positive, ideenreiche Politik und die Übernahme von Verantwortung gehalten

werden kann? Dies dürfte die entscheidende Frage sein, die auf politischem Felde innerhalb der nächsten zehn Jahre zu stellen und zu beantworten ist.

Monroe und Adams haben gewußt, daß sich die Engländer jedem Eingreifen der Russen und der Heiligen Allianz in Südamerika energisch widersetzen würden, was die Vereinigten Staaten gezwungen hätte, sich zu einer Partei zu bekennen. So lange das gegenwärtige Machtvakuum im Mittleren Osten und Südostasien besteht, wird der Kommunismus versuchen, es zu füllen. Jede offene bewaffnete Aggression des Moskau-Peking-Blockes wird die Vereinigten Staaten selbst um den Preis eines dritten Weltkrieges sofort auf den Plan rufen. Ist sich Indien bewußt, daß es im Falle eines solchen Konflikts, der seine wichtigsten Seeverbindungen zerstören und sich dicht an seinen Grenzen abspielen würde, seine neutrale Haltung unmöglich aufrecht erhalten kann, die heute das Fundament seiner Außenpolitik ist?

Wenn der Neutralitätsgedanke in Indien wirklich tief verwurzelt ist, wie wir annehmen müssen, so wird Indien in den nächsten Jahren im Kalten Krieg nur dann neutral bleiben können, wenn es seinen Anteil an der Verantwortung im Mittleren Osten und Südostasien trägt, genau so wie die Vereinigten Staaten vor 130 Jahren in Südamerika die Verantwortung auf sich nahmen. Wenn Indien und die anderen freien Nationen Asiens in diesem Punkt versagen, dann hauptsächlich deshalb, weil das Erbe des Kolonialismus ihnen die Sicht trübt. Dies erhellt aus zwei Vorschlägen, die für eine auswärtige Bürgschaft der Politik der freien Asiaten ergangen sind — die beiden Bürgen sollen Rotchina oder die Vereinigten Staaten sein.

Ein wesentliches Ziel der derzeitigen Politik Chinas ist die Erklärung einer eigenen „Monroe-Doktrin“, wodurch nicht nur bestehende Bindungen zwischen den westlichen Demokratien und den freien Nationen Süd- und Südostasiens zerrissen, sondern der Westen sogar in ganz Asien, Japan einbegriffen, ausgeschaltet würde.

Wenn erst Asien ganz dem westlichen Einfluß entzogen wäre, würde China seine Forderungen an die schwächeren Nachbarn steigern, seine politische und militärische Führung in ganz Asien

fest verankern und schließlich von der arabischen See bis nach Alaska eine absolute Kontrolle ausüben können.

Tschu-En-lai hat in verführerischer Weise den ersten Schritt zu diesem Plan mit einer anti-kolonialen Haltung verbrämt, die selbst auf die meisten anti-kommunistischen Asiaten einen großen Eindruck zu machen pflegt. In seinen Diskussionen mit südostasiatischen Führern wie Nehru und U Nu ist von militärischer Aktion nicht die Rede gewesen. Er hat die Betonung mehr auf Koexistenz, Unabhängigkeit und „keine Aggression“ gelegt — Worte, die an die vertrauten asiatischen Begriffe von Gewaltlosigkeit und friedlichem Fortschritt erinnern.

Aber mit der Zeit dürfte Tschu's anti-kolonialer Lockruf an Wirkung einbüßen. In Asien ist der Kolonialismus im Absterben begriffen, und diese Tatsache kann auch von den erbittertsten Gegnern der Westmächte nicht übersehen werden. Die Katastrophe in Indochina hat den Untergang des französischen Kolonialismus dort und in den kleinen französischen Stadtstaaten in Indien besiegelt. Auf Grund des Verhaltens der Engländer in Indien, Pakistan, Burma und Ceylon nach dem Kriege dürfen wir annehmen, daß sie sich aus Malaya zurückziehen werden, wenn sie erst die Guerillas in der Hand haben und ein neues konstitutionelles Rahmenwerk geschaffen worden ist. Vermutlich werden sie eines Tages in gleicher Weise auch in Sarawak und Britisch Nordborneo vorgehen.

Mit Ausnahme der englischen Stützpunkte in Singapur und Hongkong werden nur noch geringe Reste des europäischen Kolonialismus in Asien übrigbleiben: Die Portugiesen in Goa, Timor und Macao, und die Niederländer in Irian oder Niederländisch-Westneuguinea. Es ist anzunehmen, daß die Bedeutungslosigkeit dieser noch bestehenden kolonialen Außenposten die Überzeugungskraft einer von den Chinesen inspirierten und gegen die vermeintliche Drohung westlichen Kolonialismus gerichteten „Monroe-Doktrin“ in den folgenden Jahren immer mehr beeinträchtigen wird. So lange die Führung Südasiens demokratisch bleibt, wird Tschu-En-lai bei seinen Bemühungen, Asien vom Westen zu trennen, beträchtliche Hindernisse zu überwinden haben.

Fünf Grundsätze

Es wäre sogar ein Fehler, die kürzlich in Neu-Delhi getroffenen indisch-chinesischen Abmachungen für einen glänzenden kommunistischen Sieg zu halten. Die im Juli von Tschu En-lai und Nehru zusammen abgegebene Erklärung schlägt vor, den kürzlich abgeschlossenen indisch-chinesischen Tibetvertrag als Modell für ganz Asien zu benutzen. In der Präambel dieses Vertrages stehen fünf Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen: Gegenseitige Respektierung der territorialen Integrität und Souveränität; keine gegenseitigen Angriffe; keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen

Landes; Gleichberechtigung und gegenseitige Förderung; und friedliche Koexistenz.

Es kann den Indern nicht verborgen geblieben sein, daß China alle diese Grundsätze verletzt hat, als es 1951 Tibet einsteckte. Daß Indien sich gegenüber China einer Verletzung schuldig gemacht hätte, hat aber bisher noch niemand behauptet. Die Bedeutung der Erklärung kann also nur in dem Versprechen Chinas liegen, von nun an entsprechend den Prinzipien zu leben, die es selbst vor gar nicht langer Zeit dreist verletzt hatte. Die Inder aber hegen offensichtlich die Hoffnung, der kommunistische Tiger werde sich nach Stillung seines Hungers nunmehr friedlich

verhalten und mit den anderen Völkern in Harmonie leben, was auch wir im Westen in den ersten Nachkriegsjahren so vergeblich gehofft haben.

Argumente aus westlichem Munde, ganz gleich wie logisch sie sind, dürften die skeptischen Asiaten kaum davon überzeugen, daß sie das Unmögliche erhoffen. Erst wenn die Kommunisten ihre Versprechen brechen, könnten die bitteren Erfahrungen ihnen die Illusionen rauben.

Anstatt die chinesisch-indischen Beziehungen enger zu gestalten, könnte daher das zwischen Nehru und Tschu En-lai abgeschlossene Abkommen gerade das Gegenteil bewirken. Auf jeden Fall ist es ein Prüfstein für die chinesischen Absichten. Wenn die Chinesen dem Beispiel der Sowjetunion in den 1920er und 1930er Jahren folgen und den Druck zeitweise vermindern und die Errungenschaften ihrer Revolution ausbauen werden, würden Indien und die anderen freien asiatischen Nationen die so dringend notwendige Atempause erhalten, um ihre wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten zu ordnen. Wenn China seine neu eingegangenen Versprechen nicht hält, was wahrscheinlicher zu sein scheint, und sich direkt oder indirekt auf weitere Abenteuer einläßt, dann wird die wahre Natur des chinesischen Kommunismus vielen Asiaten zum ersten Mal klar werden.

Eine Entwicklung in dieser Richtung nach den von Tschu En-lai in Neu-Delhi und Rangoon eingegangenen Verpflichtungen würde dem freien Asien den gleichen psychologischen Schock versetzen wie der kommunistische Staatsstreich in der Tschechoslowakei und der Tod von Jan Masaryk dem Westen im Jahre 1948. Nehmen die Dinge diesen Lauf, dann würde sich die kommunistische Partnerschaft selbst in den Ruf einer neuen „unheiligen Allianz“ bringen, die nach Weltherrschaft und Sklaverei strebt.

Unter diesen Umständen dürfte die „Tschu En-lai-Doktrin“ für die Asiaten kein großes und dauerndes Interesse haben und auch eine „Dulles-Doktrin“ würde für sie gleichermaßen ohne Reiz sein. In seiner am 24. April 1954 gehaltenen Ansprache an die Volkskammer in Neu-Delhi hat Nehru die amerikanische „Erklärung, die einer einseitigen Protektion oder einer Art Monroe-Doktrin für die südostasiatischen Länder gleichkäme“, geißelt. Jetzt müssen wir abwarten, was die Acht-Mächte-Konferenz in Manila bringt, die bei Abfassung dieses Artikels noch nicht beendet war. Ein Verteidigungssystem in Asien, das nicht von den Colombo-Staaten unterstützt wird, hat nur begrenzten militärischen Wert und dürfte politisch sehr labil sein.

Es besteht auch die Möglichkeit, daß sich Indien und seine nicht-kommunistischen Nachbarn für eine unabhängige Rolle entscheiden, um zur Füllung des Vakuums im Mittleren und Südöstlichen Asien beizutragen. Die Ende April stattgefundene Ceylon-Konferenz, an der die Ministerpräsidenten von Indien, Ceylon, Pakistan, Burma und Indonesien teilgenommen haben, ist vom Westen viel weniger beachtet

worden als sie verdient hat, weil sich gerade damals die Indochinakrise auf dem Höhepunkt befand. Während der nächsten Jahre stehen diesen fünf „Colombo-Staaten“, in denen ein Viertel aller Menschen leben, theoretisch drei Wege offen:

Der eine extreme Fall wäre der, daß vier Staaten dem Beispiel des fünften, nämlich Pakistan folgen, ihre derzeitige Politik der Unabhängigkeit aufgeben und mit den westlichen Demokratien einen Verteidigungspakt abschließen, der offen von der militärischen Macht des Westens unterstützt wird.

Im anderen extremen Falle würden sie ein Bündnis mit Rotchina eingehen, um die von Tschu befürwortete „Asien den Asiaten“-Koexistenz zu verwirklichen.

Und schließlich könnten sie sich noch zu einer Art eigener Monroe-Doktrin bekennen. Wenn sie auch den Beitritt zu einem vom Westen unterstützten Militärpakt ablehnten, könnten sie trotzdem den Entschluß fassen, sich jeder künftigen Aggression in Südasiens energisch zu wider-

Indien hält den Schlüssel zur Lage in der Hand

Die Ceylon-Konferenz war ein guter Anfang. Nach den Zusammenkünften in Colombo und Kandy unterstrichen die fünf Ministerpräsidenten „ihren Glauben an die Demokratie und die demokratischen Institutionen“ und erklärten „ihren unerschütterlichen Entschluß, sich einer Einmischung in die Angelegenheiten ihrer Länder durch äußere kommunistische, anti-kommunistische oder sonstige Institutionen zu widersetzen“. Dies dürfte kaum dafür verbürgen, daß die Staaten unter allen Umständen eine kommunistische Aggression bekämpfen würden. Einige Amerikaner dürften sich auch über die Bemerkung der anti-kommunistischen Institutionen als einer potentiellen Einmischungsquelle ärgern, wobei sie ganz unsere eigene überempfindliche, kolonialbewußte Vergangenheit vergessen und auf „alles oder gar nichts“-Bündnissen bestehen. Sollte die Colombo-Kandy-Erklärung den Keim einer zukünftigen echten und eigenständigen Monroe-Doktrin enthalten, dann sollten wir uns an unsere eigene Geschichte erinnern und uns beruhigen.

Indien hält natürlich den Schlüssel zur ganzen Lage in der Hand. Wie weit würde es in seinem Widerstand gegen ein offenes kommunistisches Vordringen in Asien gehen? Wie jetzt die Dinge stehen, wird niemand, nicht einmal die Inder selbst, es genau sagen können. Indien hat den Beweis für seinen Entschluß gebracht, eine innere kommunistische Unterwanderung zu unterbinden. Indien würde sich sicher verteidigen, wenn irgendein Feind, Kommunist oder nicht, es angreifen würde. Indien hat keine Zweifel daran gelassen, daß es auch seinen Nachbarn Nepal und die kleinen Himalaya-Fürstentümer Bhutan und Sikkim an der nördlichen Grenze verteidigen würde. Wenn die kommunistischen Chinesen Burma angreifen sollten, würde Indien sicherlich eine sofortige Gegenaktion der Vereinten Nationen unterstützen.

setzen, egal wer dahintersteht, denn sie ahnen vielleicht einen chinesischen Bruch zu einem Zeitpunkt und an einem Ort, den Mao Tse-tung bestimmen würde.

Es dürfte ein Wunschtraum sein zu glauben, daß der erste Weg in absehbarer Zukunft von praktischer Bedeutung ist. Ob wir es billigen oder nicht, Indien ist zum Beispiel jetzt nicht mehr bereit, als „Beiboot“ im Kielwasser der amerikanischen „Kriegsschiffe“ zu schwimmen, ebenso wenig wie die Vereinigten Staaten im Jahre 1823 sich in dieser Form an England binden wollten.

Wenn wir weiterhin uns nur auf militärische Maßnahmen in Asien konzentrieren und die für den Ablauf der Geschichte bestimmenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte weitgehend außeracht lassen, dann wird mit großer Wahrscheinlichkeit die zweite Alternative — für uns die unangenehmste — Wirklichkeit werden.

Doch ist auch die dritte Alternative, die in der augenblicklichen schwierigen Lage der Stabilität Asiens am dienlichsten wäre, noch durchaus im Spiel.

Würde Indien mit seinen Nachbarn zusammen auch Thailand helfen? Würde es die Grenzen eines freien Laos und Kambodscha garantieren? Der indochinesische Waffenstillstand hat diese Fragen offengelassen. Wenn allerdings eine von Indien und seinen Nachbarn angenommene Monroe-Doktrin für Asien volles Gewicht besäße, würden sich die Zweifel erübrigen.

Indiens Stellung im Mittleren Osten ist noch ungeklärt. Vor zwei Jahren zeigte sich Indien von der Schwäche der persischen Regierung angesichts der sowjetischen, mit Hilfe der Tudeh-Partei angezettelten Intrigen inoffiziell sehr berührt. Auch über die wachsende sowjetische Aktivität in Afghanistan war Indien beunruhigt. Es dürfte von entscheidender Bedeutung sein, welche Position Indien in all diesen Problemen beziehen wird. Wenn es weiterhin nicht bereit ist, offiziell eine klare Stellung einzunehmen, dürfte die Gefahr weiterer kommunistischer Aggressionen wachsen.

Nichts ist einfach und kurzfristig in Asien

Wir befinden uns in Asien in einer mißlichen Lage. Wir sind verschwenderisch mit Geld, militärischen Ausrüstungsgegenständen, mit Aufrichtigkeit und gutem Willen umgegangen. Aber es ist uns nicht geglückt, eine starke, von Amerika geleitete, anti-kommunistische Front aufzubauen, und wir hatten gerade in dem halbmond-förmigen Südostasien und Mittleren Osten den geringsten Erfolg. Weil unser Ziel außerhalb des politisch Möglichen liegt, kommen wir zu keinen Ergebnissen. Daraus sollten wir die Lehre ziehen, daß die Asiaten weder undankbar noch pro-kommunistisch sind, sondern daß diesen Ländern gerade die amerikanische Führung der antikommunistischen Front nicht behagt. Weitere Bemühungen im alten Sinne sind zur Erfolglosigkeit verurteilt. Jede Niederlage wird unse-

Auf der Ceylon-Konferenz wurde eine weitere Sache klar. Während Monroe einen einseitigen Pakt proklamieren konnte, ohne auf die Gefühle seiner wankelmütigen Nachbarn in Südamerika besonders Rücksicht nehmen zu müssen, kann Nehru keine einseitige „Nehru-Doktrin“ verkünden, ohne nicht zu riskieren, seine stolzen Nachbarn in Südasiens zu brüskieren. Eine nur für Asien gedachte Monroe-Doktrin müßte eine multilaterale Basis haben, was Anlaß zu neuen Problemen geben würde.

Den asiatischen Ländern fehlt es an Homogenität und gemeinsamer Grundlage für eine gemeinschaftliche Politik. Außerdem sind die schwierigen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan zu berücksichtigen. Wenn es den beiden Ländern nicht gelingt, wenigstens ihre Außenpolitik auf einen Nenner zu bringen, dürfte ein wirksames, rein südasiatisches Verteidigungsprogramm schwer zu verwirklichen sein.

Selbst wenn diese Hürde genommen werden sollte, zweifeln noch viele, die die Durchschlagskraft einer Nation nach der Stärke der Luftstreitkräfte und gepanzerten Divisionen beurteilen, daran, ob die militärischen und politischen Kräfte der südasiatischen Nationen ausreichen würden, um einen Angreifer abzuwehren. Weder Moskau noch Peking dürften das große militärische Menschenpotential, das Indien zur Verfügung steht, leicht nehmen. Es dürfte der kommunistischen Führung klar sein, daß im Falle eines aus kommunistischer Aggression in Asien geborenen Krieges eine von den freien Nationen Asiens vorgeschlagene Monroe-Doktrin die Unterstützung der westlichen Luft- und Seestreitkräfte finden würde, so wie unsere eigenen Politiker 1823 der unausgesprochenen Unterstützung durch die englische Flotte sicher waren.

Es wäre außerdem ein schwerer Fehler, das moralische Gewicht zu unterschätzen, das die neuen unabhängigen Nationen bei den Millionen, zwischen den Fronten schwankenden Bewohnern Asiens, Afrikas und Südamerikas genießen. Eine Erklärung Nehrus und seiner Ministerpräsidentenfreunde, daß eine neue bewaffnete Aggression in Asien allgemeinen Widerstand wecken würde, trüge zur Stärkung der demokratischen Kräfte in der ganzen Welt bei.

rer Stellung und unserem Prestige weiteren Abbruch tun und uns stärker in die Selbstisolierung treiben.

Einer eigenständigen Monroe-Doktrin für das freie Asien stellen sich zahlreiche schwere Hindernisse in den Weg. Es wäre unsinnig voraus-sagen zu wollen, wann und unter welchen Umständen sie in Angriff genommen werden wird. Doch wenn stabile Verhältnisse erreicht werden sollen, bieten sich auf die Dauer gar keine anderen Alternativen, und es bleibt zu hoffen, daß die Umstände selbst für rechtzeitige Beschlüsse sorgen. Wir wissen, daß dem Kopfe des Zeus kein fix und fertiges Programm entspringen wird. Wie alle tiefgreifenden politischen Veränderungen wird es sich aus vielen Faktoren zusammensetzen, und Standpunkt, Sympathie,

Auswahl, Persönlichkeit und Macht werden Einfluß haben.

Daher würden die Amerikaner gut daran tun, einfache Lösungen nicht zu erwarten. Sie gibt es in Asien nicht. Der verhältnismäßig große Erfolg, den wir in Europa mit einer Reihe von Maßnahmen, wie der Truman Doktrin, dem Marshallplan und der NATO erzielt haben, hat die Einsicht in die anders gearteten Zustände Asiens getrübt. Viel von unserer gegenwärtigen Enttäuschung über Asien entstammt dem allgemein verbreiteten Glauben, unsere Staatsmänner seien weder patriotisch noch klug genug, um ähnliche fugenlose und umfassende Lösungen wie für Europa zu erreichen, und ihre Unfähigkeit sei für alle Schwierigkeiten verantwortlich zu machen.

Wir betrügen uns aber selbst, wenn wir glauben, daß die um vieles komplizierteren Probleme des freien Asien in ein vorgefaßtes, europäisch gefärbtes Schema zu pressen sind. Nichts ist einfach oder kurzfristig in Asien, und je eher wir dazu übergehen, in längeren Zeiträumen zu denken, desto größer wird unser Beitrag zu fried-

lichen und stabilen Verhältnissen sein, um die wir uns so ernsthaft bemühen.

Es ist von elementarer Wichtigkeit, daß wir uns an das asiatische Denken und Fühlen anpassen und versuchen, in echte Beziehungen zu Asiaten zu treten, um miteinander zu einem fruchtbaren Gespräch zu kommen.

Das letzte Ziel muß die Bildung freier, zuverlässiger und dynamischer neuer Nationen zwischen dem Mittelmeer und der südchinesischen See sein. Ungeachtet der Ansicht vieler asiatischer Führer bleibt die Frage offen, ob der kommunistische Zeitplan eine solche Entwicklung gestatten wird. So könnte die ruhige Entwicklung dieser Nationen von der richtigen Einschätzung der ihnen drohenden Gefahren und ihrem Willen abhängen, die ihnen von der Geschichte zugeteilten kritischen Rollen auch voll zu spielen - gleichgültig was sie über Amerika und den Westen denken. Die Vereinigten Staaten können weder in Asien noch sonstwo diese Bedingungen schaffen. Sie müssen wachsen - von selbst und durch sich selbst. Wir können nur das Wachstum durch freundliche und zurückhaltende Ermutigung und Unterstützung beschleunigen.

Neuorientierung der Asienpolitik

Die Erkenntnis dieser Tatsache verlangt eine weitreichende Neuorientierung unserer Asienpolitik. Doch ist die Zeit für eine Neuorientierung günstig, weil die indochinesische Katastrophe die Sinnlosigkeit unserer bisherigen Politik vor aller Welt enthüllt hat. Wie würde eine neue Asienpolitik, die die Lehre aus der Vergangenheit gezogen hat, in groben Umrissen aussehen?

Wir sollten starke und anpassungsfähige Streitkräfte, die auch mit konventionellen Waffen ausgestattet sind, unterhalten und bereit sein, sie gegen eine offene Aggression einzusetzen. Gleichzeitig sollten wir das Säbelrasseln und die unbesonnenen öffentlichen Erklärungen unterlassen, die unsere tatsächlichen und zukünftigen Freunde erschrecken und auf unsere Feinde selten Eindruck machen.

Wir sollten uns weiterer kommunistischer Übergriffe auf Korea und Formosa energisch wehren; aber gleichzeitig sollten wir uns bewußt sein, daß wir unsere Asienpolitik nicht auf zwei Nationen stützen können, deren Gesamtbevölkerung von 35 Millionen nicht einmal drei Prozent der ganzen Bevölkerungsziffer Asiens ausmacht. Syngman Rhee und Chiang Kai-shek haben den Kommunismus tapfer bekämpft, aber

es fehlt ihnen fast jeder Kontakt zu den geistigen Strömungen des modernen Asien, und die meisten Asiaten und auch Europäer sind der Ansicht, daß es sie nach einem dritten Weltkrieg gelüftet.

Wir sollten eine klare, überzeugende und verantwortungsbewußte Haltung gegen jede Form des Kolonialismus einnehmen. Es ist ein schlechter Handel, unsere moralische Position zu Gunsten einer zweifelhaften Stärkung unserer Beziehungen zu den europäischen Verbündeten zu opfern.

Wir sollten entschieden mehr Wert auf die „Punkt-Vier-Hilfe“ legen, ohne sie an Verpflichtungen zu binden und den größten Anteil durch die Vereinten Nationen vergeben lassen. Ein ständiger wirtschaftlicher Fortschritt im freien Asien ist von Wichtigkeit.

Wir sollten Präsident Eisenhowers Atombankvorschläge durchsetzen und allen freien, freundlich gesinnten Nationen, ohne Rücksicht auf die russische Politik, Atomenergie anbieten als einer friedlichen Quelle zur Entwicklung ihrer Wirtschaft.

Wir sollten die zögernden Schritte asiatischer Regierungen in der Richtung gemeinsamer Gespräche und gemeinsamen Nutzens - wie z. B.

die kürzlichen Besprechungen in Ceylon - eher ermutigen als uns über sie ärgern. Wenn aus diesen Gesprächen eines Tages eine eigenständige asiatische Monroe Doktrin hervorgeht, sollten wir so klug sein, sie zu begrüßen.

Wir sollten die Übernahme verantwortlicher Stellungen durch asiatische Länder in den Vereinten Nationen und in anderen wichtigen Konferenzen fördern und sie nicht jedesmal daran zu hindern scheinen. Auf die Dauer gesehen gewinnen wir an Achtung vielmehr als wir an Stimmen in einzelnen Fragen verlieren.

Wir sollten der Tatsache Rechnung tragen, daß ein dynamisches Japan bald einen neuen Platz in Asien finden muß und daß es sich nur darum handelt wo und wie. Abkommen in Asien, die die Existenz von 80 Millionen hart arbeitender und hoch industrialisierter Japaner nicht berücksichtigen, dürften wohl auf Sand gebaut sein. In Europa haben wir schon die entscheidende Wendung in unseren Beziehungen zu der Bundesrepublik vollzogen.

Wir sollten von vornherein eine eventuelle Rivalität zwischen der Sowjetunion und Rotchina in Rechnung stellen und ruhig einem innenpolitischen Druck widerstehen, der es uns unmöglich machen würde, daraus Nutzen zu ziehen.

Eine Behandlung der asiatischen Probleme in diesem Sinne erfordert mehr Takt und Bescheidenheit und weniger doktrinäre Behauptungen, als wir in den letzten Monaten aufgebracht haben. Dies wird uns leichter fallen, wenn wir begriffen haben, daß sich die demokratischen Fortschritte in Asien in den nächsten zehn Jahren nicht auf Grund dramatischer und sichtbarer Maßnahmen unsererseits vollziehen, sondern sich langsam und bodenständig entwickeln werden wie in den letzten Jahren in Indien und Burma.

Wenn wir erst im Erfolg dieser Länder den besten Weg zur Stabilität in Asien erblicken, wird sich vieles andere von alleine einstellen. Wir werden aufhören, jeden Zwischenfall am schwarzen Brett als ein Plus oder Minus im Kalten Krieg anzukreiden.

Uns wird nicht der Boden unter den Füßen schwanken, wenn Tschu einen Besuch in Neu Delhi macht und Nehru eine Reise nach Peking plant. Wir werden endlich positiv denken und handeln und nicht mehr nur hypnotisch auf die Maßnahmen der Kommunisten reagieren. Wir werden uns endlich wieder im Einklang befinden mit den Zielen aller freien Völker.

PAUL BAUSCH

Freiheit zum Unglauben

Von den Voraussetzungen und Grenzen der christlichen Verwirklichung im politischen Raum

Vortrag, gehalten bei der Evangelischen Akademie Tutzing am 25. Sept. 1954

Lassen Sie mich die Erörterung des heute gestellten Themas damit beginnen, daß ich versuche, den Gegenstand, um den es sich handelt, in einen geschichtlichen Zusammenhang zu stellen.

Ich möchte Ihnen zunächst ein kleines Erlebnis erzählen, das ich jüngst hatte, als der Bundestag aus Anlaß der Neuwahl des Bundespräsidenten in Berlin weilte. Ich fuhr zum Brandenburger Tor und machte dann einen kleinen, besinnlichen Spaziergang zur Ruine des Reichstages, zur Siegessäule und durch das alte Diplomatenviertel, einst eine Stätte stolzer Repräsentation der Macht und Größe des Kaiserlichen Deutschland und der Partei- und Militärparaden der nationalsozialistischen Despotie. Heute sah ich eine einzige große Wüste mit Ruinen, Schutt und Trümmern. Im Mittelpunkt dieses Trümmerfeldes aber stand in der Besatzungszone der Westmächte das Siegesdenkmal der Russen, flankiert von zwei Panzern der Sowjetarmee, von russischen Soldaten bewacht, die unermüdlich bei Tag und bei Nacht auf- und abpatrouillieren. Niemand, der dieses Denkmal sieht, kann überhören, was es sagen will:

„Hier sind wir — die Russen — hier bleiben wir.“

Man wird nachdenklich bei solch einem Spaziergang. Soweit haben wir es also gebracht, wir stolzen Deutschen, wir Deutschen der Reformation. Und wie kam es? Nicht oft genug und nicht eindringlich genug können wir über diese Resultate deutscher Politik nachdenken. Als ich nach Hause kam, nahm ich zwei Bücher aus dem Schrank, zwei Bände mit der Titelüberschrift: „Politik“. Sie enthalten den Abdruck von Vorlesungen über Politik, gehalten an der Universität von Berlin von Heinrich von Treitschke. Als ich darin blätterte, fand ich ein Kapitel: „Das Verhältnis des Staates zum Sittengesetz“. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß im Mittelalter, in der Welt der persönlichen Gebundenheit an das von der Kirche verkündete, christliche Sittengesetz und in einer hierarchischen Welt, von einem Konflikt zwischen Moral und Politik gar nicht gesprochen werden konnte. Und dann heißt es wie folgt weiter:

„Das ward mit einemmal anders, als die Reformation aus der christlichen Welt hervorging und die alten Autoritäten zusammenbrachen. Nur inmitten der Auflösung aller alten, überlieferten Ordnung ist der gewaltige Denker zu verstehen, der zusammengearbeitet hat mir Martin Luther an der Befreiung des Staates. Es war Machiavelli, der den Gedanken aussprach, wenn es die Rettung des Staates gelte, so sollte gar nicht gefragt werden nach der Reinheit der Mittel. Man erhalte nur den Staat, die Mittel werde nachher jedermann billigen“ . . .

Dann sagt Treitschke weiter:

„Es wird immer Machiavellis Ruhm bleiben, daß er den Staat auf seine eigenen Füße gestellt und in seiner Sittlichkeit von der Kirche freigemacht hat, — und dann, daß er zum erstenmal klar ausgesprochen hat: „Der Staat ist Macht“.

. . . Nichts soll uns daran hindern, freudig auszusprechen, daß der greise Florentiner mit der ganzen ungeheuren Konsequenz seines Denkens zuerst in die Mitte aller Politik den großen Gedanken gestellt hat: „Der Staat ist Macht“. Denn das ist die Wahrheit; und wer nicht männlich genug ist, dieser Wahrheit ins Gesicht zu sehen, der soll seine Hände lassen von der Politik.“

In immer neuen Variationen wird dann das Hohelied der Macht und des vom Sittengesetz losgelösten Machtstaates gesungen und der himmelweite Unterschied zwischen öffentlicher und privater Moral herausgestellt. Dann werden mit Worten, die heute geradezu dumm und primitiv anmuten, mit Worten, von denen man heute glaubt, sie wären aus einer versunkenen Welt heraus gesprochen, Krieg und Schwertgewalt und arisches Heldentum gepriesen und verherrlicht:

„Wer sich nicht am Trompetengeschmetter erfreut, ist zu feig, um selbst die Waffen für das Vaterland zu führen. Alle Hinweisung auf das Christentum ist hier verkehrt. Die Bibel sagt ausdrücklich, daß die Obrigkeit das Schwert führen soll . . .

Arishes Völkerleben verstehen die nicht, die den Unsinn vom ewigen Frieden vortragen. Die arischen Völker sind vor allen Dingen tapfer. Sie sind stets Manns genug gewesen, mit dem Schwert zu schützen, was sie mit dem Geist errungen hatten. So hat Goethe einmal gesagt: „Die Norddeutschen waren immer zivilisierter als die Süddeutschen“. Jawohl, denn sehen Sie sich einmal die Geschichte der Fürsten Niedersachsens an, die haben sich immer geschlagen und gewehrt und darauf kommt es an in der Geschichte.“

Meine Damen und Herren! Es ist schon nützlich, wenn man besinnliche Spaziergänge in der Gegend des Brandenburger Tors in Berlin macht und in alten Büchern blättert. Ich habe diese Stellen meinen Kindern vorgelesen und habe ihnen gesagt, wer diese Reden gehalten habe und was es mit ihnen für eine Bewandnis habe. Sie haben es kaum für möglich gehalten, daß dies die Geisteshaltung der führenden Deutschen in der sog. gebildeten Welt im ausgehenden 19. Jahrhundert war. Der Mann, der solche Dinge schrieb, hat diese Vorlesungen über das Wesen der Politik an der Berliner Universität von 1874/75 an regelmäßig jeden Winter bis zu seinem Tode im Jahre 1896, also mehr als 20 Jahre lang, gehalten. Er war der Hof- und Staatsphilosoph der Hohenzollern. Er hat das Denken von vielen Generationen der Oberschicht Deutschlands über den Staat bestimmt. Selbst ein Mann wie Rittelmeyer schreibt in seinen Lebenserinnerungen über diese Vorlesungen, die die Krönung des Lebenswerks Treitschkes dargestellt hätten:

„Der Mann ist uns ein Göttertrank gewesen und geblieben!“

Meine Damen und Herren! An diesem Göttertrank der theoretischen und praktischen Gottlosigkeit in der Politik, an dieser Anbetung der Macht und der Vergötzung des Staates ist das deutsche Volk verdorben und zu Grunde gegangen. Hitler hat nur praktiziert, was Treitschke gelehrt hat. Für den politischen Raum hat man Gott abgesetzt. Man hat ihm den Stuhl vor die Tür gestellt. So hat man damals die Grenzen der christlichen Verwirklichung im politischen Raum gezogen.

Und nun lassen Sie mich auf einen anderen Vorgang kommen. Im August 1945, also bald nach der großen Katastrophe des 2. Weltkrieges, traten in Bad Treysa die führenden Männer der Evangelischen Kirche Deutschlands zusammen und machten Bilanz. Das Ergebnis dieser Bilanz ist in einer politischen Botschaft der Kirchenkonferenz von Treysa zusammengefaßt, deren erster Punkt wie folgt lautet:

„Das furchtbare Erlebnis der vergangenen 12 Jahre hat weiten Kreisen innerhalb und außerhalb der deutschen Kirchen die Augen dafür geöffnet, daß nur da, wo Grundsätze christlicher Lebensordnung sich im öffentlichen Leben auswirken, die politische Gemeinschaft vor der Gefahr dämonischer Entartung bewahrt bleibt. Aus dieser Erkenntnis erwächst den evangelischen Kirchen Deutschlands (EKiD) die große und schwere Aufgabe, weit stärker als bisher auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens und insbesondere der politischen Gemeinschaft einzuwirken.“

Nur da, wo Grundsätze christlicher Lebensordnung sich im öffentlichen Leben auswirken, bleibt die politische Gemeinschaft vor der Gefahr dämonischer Entartung bewahrt. Dies ist eine eindeutige Aussage, der ich voll und ganz zustimme.

Hier wird eine Wahrheit ausgesprochen, der nach der Erfahrung der Geschichte nicht widersprochen werden kann. Hier wird ein Programm aufgestellt, das davon ausgeht, daß christlicher Geist und christliche Ordnungen Lebensnotwendigkeiten für die politische Gemeinschaft darstellen. Hier wird gesagt, daß die politische Gemeinschaft ohne christlichen Geist und christliche Ordnungen so wenig zu leben vermag wie der Fisch ohne Wasser und der Mensch ohne Luft.

Ich will jetzt nicht darüber sprechen, ob und inwieweit die evangelische Christenheit Deutschlands seit 1945 von diesen Erkenntnissen Notiz genommen hat und zur Realisierung dieses Programms tätig gewesen ist. Man könnte darüber manches sagen, dies will ich aber nicht tun. Ich will kurzerhand davon ausgehen, daß dieses Programm richtig ist und möchte im Hinblick auf die den Christen durch dieses Programm auferlegte Verantwortung nicht nur klarstellen, welches die Grenzen, sondern auch welches die Voraussetzungen einer christlichen Verwirklichung im politischen Raum sind.

Nicht in Illusionen leben

Zu einer solchen Darstellung ist einiger Anlaß gegeben. Auch heute noch bestehen hierüber große Unklarheiten. Es ist jedoch eine völlig nüchterne Betrachtung am Platz. Die Zeit ist zu ernst, um in Illusionen zu leben. Vor dem Jahre 1914 hat man Programme für die Christianisierung der Welt aufgestellt. Kurze Zeit darauf stand die Welt in Flammen. Wenn wir heute in einer verworrenen Zeit von christlicher Verwirklichung im politischen Raum reden, so kann dies nur mit großer Besonnenheit geschehen. Ich bin mir auch völlig klar darüber, daß ich zu dem Thema nichts Erschöpfendes und nichts Abschließendes sagen kann. Ich werde mich darauf beschränken müssen, einige Grundgedanken herauszustellen, die mir nach den Erfahrungen der Vergangenheit und Gegenwart von vordringlicher Bedeutung zu sein scheinen. Ich wäre schon sehr zufrieden, wenn ich erreichen könnte, daß diese Gedanken in ihrer grundlegenden Bedeutung erkannt und zur Diskussion gestellt werden.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich vorweg eine Klarstellung vornehmen. Bei der christlichen Verwirklichung im politischen Raum kann es sich keinesfalls nur um die Verkündigung christlicher Grundsätze handeln. Es wäre eine höchst billige und unfruchtbare Sache, die Geltung christlicher Grundsätze für die Politik zu behaupten, diese Grundsätze zu verkünden und sich nachher um deren praktische Verwirklichung nicht zu kümmern. Wenn man sich so verhalten würde, so würde dies nur beweisen, daß man vor den politischen Entscheidungen in bloße

Deklamationen flüchtet. Die Verkündigung von christlichen Grundsätzen für die Politik ist noch längst keine christliche Verwirklichung im politischen Raum. Es handelt sich vielmehr um ein eindeutiges Engagement jedes Christen und der ganzen christlichen Gemeinde, also der christlichen Kirche, dafür, für die Realisierung bestimmter Vorstellungen im politischen Raum unter Einsatz der Existenz, also um dies noch deutlicher zu sagen, unter Einsatz von Kopf und Kragen einzutreten.

Die Kernzelle der Gesellschaft ist der Mensch

Die erste Voraussetzung für eine christliche Verwirklichung im politischen Raum ist die Existenz und die Wirksamkeit der Christen und der christlichen Gemeinde innerhalb der Gesellschaft.

Es ist einer der größten Irrtümer unserer Zeit, zu glauben, der politische Raum beginne erst dort, wo der Staat mit dem ihm eigentümlichen Zwang wirksam werde. Vor dem Staat war die menschliche Gesellschaft. Wer den Staat bestimmen und gestalten und ändern will, muß die menschliche Gesellschaft bestimmen und ändern.

Die Kernzelle der Gesellschaft ist der Mensch. Wer die Gesellschaft ändern will, muß den einzelnen Menschen ändern. Die christliche Verwirklichung im politischen Raum hat zur Voraussetzung die Existenz von Menschen, die vom Wort Gottes und Geist Gottes geändert und erneuert sind und die die Dienstanweisungen, die der Herr Christus seiner Gemeinde gegeben hat, gegen sich selbst für alle ihre Lebensbeziehungen als normativ gelten lassen.

Karl Barth sagt:

„Der rechte Staat muß in der rechten Kirche (d. h. also in der christlichen Gemeinde) sein Urbild und Vorbild haben. Die Kirche existiere also exemplarisch, d. h. so, daß sie durch ihr einfaches Dasein und Sosein auch die Quelle der Erneuerung und die Kraft der Erhaltung des Staates ist.“

Dieses Sosein und nicht Anderssein der Christen und der christlichen Gemeinde ist die Voraussetzung für jede Art von christlicher Verwirklichung im politischen Raum. Die Existenz der christlichen Gemeinde stellt an sich schon ein politisches Faktum allerersten Ranges dar.

Freilich nur dann, wenn sie so ist, wie sie nach dem Willen ihres Herrn sein soll und nicht anders. Wenn die Kirche den Glauben vom Leben trennt, ganze Lebensgebiete widerspruchslos preisgibt und der Herrschaft ihres Herrn entziehen läßt — ich erinnere nochmals an die Demonstrationen thoretischer und praktischer Gottlosigkeit an der Berliner Universität um den Ausgang des vorigen Jahrhunderts oder an die Behandlung der modernen Arbeiterfrage im aufkommenden Industriezeitalter — dann verrät sie ihren Herrn und läßt die Länder verderben und die Völker zu Grunde gehen.

Eine pervertierte Kirche pervertiert den Staat. Wenn einstmal christliche Staaten zu Grunde gehen oder in die Hände antichristlicher Mächte kommen, so liegt die Ursache in der Regel in der Pervertierung der christlichen Gemeinde.

Eine weltflüchtige Kirche hat keine weltüberwindende Kraft, sondern gibt die Herrschaft über die Welt den antichristlichen Mächten preis. Wir haben unerschütterlich daran festzuhalten, daß es nach der Bibel das Endziel der Weltgeschichte ist:

„Jesus Christus rex mundi“.

Der Glaube ist der Sieg, der die Welt überwindet. Die weltüberwindende Kraft des Glaubens muß zuerst im persönlichen Leben einzelner Menschen wirksam werden, die um das Geheimnis der Wiedergeburt wissen. Sind sie nicht vorhanden, so ist das Fundament brüchig. Kein christlicher Staatsmann und wäre er noch so klug, könnte auf solchem brüchigem Fundament aufbauen.

Der Ort aber, an dem sich die Auseinandersetzung des Christen und der christlichen Gemeinde mit der Welt abspielt, ist die Gesellschaft, also jedwede wechselseitige Beziehung von Mensch zu Mensch in Ehe, Familie, Verwandtschaft, Arbeits-, Standes- oder Berufsgemeinschaft, in bäuerlichen oder städtischen Wirtschaftsbetrieben, in den Gewerkschaften und den zahllosen anderen Organisationen, kurzum in der Gesamtheit aller nichtstaatlichen oder vorstaatlichen menschlichen Beziehungen.

Hier, — nicht außerhalb dieser Beziehungen ist der Ort, an dem christliches Leben gelebt werden soll. Es gibt keine Verwirklichung im politischen Raum, wenn das gesellschaftliche Leben eines Volkes nicht zuvor in weitgehendem Maße zum Kampfplatz wurde, auf dem Christenmenschen an den Plätzen, an die sie im Leben gestellt sind, mit Ernst und Entschlossenheit als Christen zu leben versuchen. Wenn sie an jedem neuen Alltag in ihrem Beruf und im Zusammenleben mit den Menschen, denen sie zugeordnet sind, bereit sind, die absoluten Wertmaßstäbe des Evangeliums gegen sich gelten zu lassen und allerorts und gegenüber jedermann nach ihnen zu handeln, sich als Bürger des göttlichen Reichs zu bewahren und für den Platz, an dem sie stehen, Verantwortung zu übernehmen, dann wird ein Politikum wirksam, das von schlechthin entscheidender Bedeutung für die Fortentwicklung unserer politischen Gemeinschaft ist. Entscheidungen, die in diesem Raum völlig freiwillig, aus freier, sittlicher Entscheidung heraus fallen, sind unendlich viel wichtiger und bedeutungsvoller, als Ordnungen, die durch staatlichen Zwang aufgerichtet werden.

Konfuzius hat das bedeutsame Wort geprägt: „Nur das Freiwillige hat Bestand.“ Diesem Wort kommt eine ungewöhnliche Bedeutung zu.

Auf der ökumenischen Konferenz in Evanston wurde von einem der Referenten bei der Besprechung eines ähnlichen Themas folgendes ausgeführt:

„Denken wir einmal an einen Mann, der in einer Fabrik mit Massenproduktion arbeitet. Bei aller Mechanisierung der Arbeit wird menschliche Redlichkeit einer der wesentlichsten Faktoren in der Produktion bleiben. Außerdem werden bei aller Mechanisierung immer noch andere Menschen mit ihm zusammen arbeiten. Und einem christlichen Arbeiter sind die Beziehungen zu diesen anderen Menschen immer noch wichtiger als seine Beziehung zu seiner Maschine. In seinen Beziehungen zu den Menschen um sich herum schafft er die Möglichkeit, sein Leben zu einem Wegweiser zur Liebe und Gnade Gottes zu machen. Lebt er seinem Glauben, so werden seine Kollegen in ihm einen wahren Menschen sehen, dankbar, rücksichtsvoll, aufgeschlossen für die Nöte und Sorgen der anderen, dem am allgemeinen Wohl immer mehr gelegen ist als an seinem eigenen. Er wird, wenn es nötig ist, für Gerechtigkeit kämpfen; er wird aber vor allem versuchen, eine solche Atmosphäre zu schaffen, in der Gerechtigkeit in gegenseitiger Übereinstimmung besteht und nicht das Ergebnis eines Kampfes ist. Mit der Zeit werden dann vielleicht auch andere Arbeiter Christen werden, und so wird eine christliche Gemeinschaft in dieser Fabrik entstehen.

Wieviel Arbeiter kennen Sie, die in der Gesellschaft — die aus all den Menschen besteht, mit denen sie in ihrer Arbeit verbunden sind — den Ort sehen, wo der christliche Glaube bewährt, christliches Zeugnis abgelegt, christliches Leben geführt und die christliche Kirche gebaut werden muß? Wieviel Leiter großer Unternehmen kennen Sie, die das glauben und dementsprechend handeln? Wieviel Menschen in freien Berufen sehen ihren Beruf so an? Wieviel Politiker glauben das von ihrer Partei? Die Antwort auf diese Fragen wird ein ziemlich genaues Bild geben von der Unzulänglichkeit der Unterweisung, die die Kirche ihren Laien in bezug auf ihren Beruf in der Gesellschaft erteilt.“

Man kann nun darüber streiten, ob es sich hier um Verwirklichungen im politischen Raum handelt. Aber dies wäre ein Streit um Worte. Halten wir uns an die Wirklichkeit und an die Tatsachen. Ehe die Nationalsozialisten den im engeren Sinn politischen Raum — also die Gewalt über die Staatsführung — erobert haben, eroberten sie schon vor 1933 den vopolitischen Raum. Gab es nicht damals die heftigsten Auseinandersetzungen in allen Familien, in allen Büros, in allen Werkstätten, in allen Fabriken? Ist nicht damals alles in Bewegung geraten? Die Nationalsozialisten haben es uns vorexerziert, wie man den vopolitischen Raum

erobert. Wir dürfen es uns nicht einbilden, daß wir es billiger bekommen werden wie sie. Der christliche Glaube muß überall dort ins Leben übertragen werden, wo in der modernen und komplizierten Gesellschaft Menschen beieinander leben. Der ganze Teig der menschlichen Gesellschaft muß von der christlichen Substanz durchsäuert sein. Dies ist die erste Voraussetzung für die christliche Verwirklichung im politischen Raum.

Ohne christliche Staatsbürger keine christliche Verwirklichung im politischen Raum

Die weitere Voraussetzung für eine christliche Verwirklichung im politischen Raum ist die Existenz von Staatsbürgern, und Politikern, die aus christlicher Verantwortung heraus handeln. Ohne christliche Staatsbürger gibt es keine christliche Verwirklichung im politischen Raum.

Damit treffe ich eine Feststellung, die mit dem bisher Gesagten im engsten Zusammenhang steht. Jener Referent von der ökumenischen Konferenz in Evanston, von dem ich Ihnen vorhin berichtete, sprach davon, daß er eines Tages zu der Erkenntnis gekommen sei, daß die Politik der Ort seines christlichen Zeugnisses sei. Er wurde deshalb Politiker. Dann berichtete er von seinen Erfahrungen wie folgt:

„Die beunruhigendste Entdeckung war die, daß viele unserer protestantischen Kirchen in meiner Gegend aus Leuten bestand, die nicht begriffen hatten, daß Christsein auch heißt, ein guter Staatsbürger zu sein, in einem schöpferischen und aufbauenden Sinn. Jedermann war natürlich der Meinung, daß ein Christ ohnehin insofern ein guter Staatsbürger sei, als er die Gesetze des Staates nicht übertrete. Aber nur wenige begriffen, daß Christsein weit mehr ist als nur Einhaltung der Gesetze — daß es bedeutet, die Rechte und Pflichten eines Bürgers auf sich zu nehmen (einschließlich des schlichten Ganges zur Wahlurne), damit die soziale Ordnung erhalten und verbessert werde. Mit anderen Worten: ein guter Staatsbürger im Sinne der Kirche ist ein Staatsbürger, der verantwortungsvoll auf der Grundlage des christlichen Verständnisses von der Gesellschaft handelt. Die Glieder unserer Kirchen begreifen das nicht, weil sie von den Kirchen nicht dazu angehalten werden, ihre Pflicht als Staatsbürger als einen notwendigen und wesentlichen Bestandteil ihres christlichen Lebens zu betrachten. Die Kirchen, die ich kenne, sehen es nicht als ihre besondere Aufgabe an, ihre fähigsten Glieder ins öffentliche Leben zu entsenden. Dieselben Kirchen aber fühlen sich besonders verpflichtet, ihre besten Jungen und Mädchen aufzurufen, als Missionare nach Japan, Indien oder Afrika zu gehen, aber eine gleiche Verpflichtung, sie aufzurufen, als Missionare auf die politische Bühne zu gehen, fühlen sie nicht.“

Passen diese Feststellungen nicht auch für Deutschland?

Es genügt nicht, das Wort Gottes zu verkündigen, sich um seine Verwirklichung in Gesellschaft und Staat aber nicht zu kümmern. Welche Folgen hat dies? Adolf Stöcker rief einmal verzweifelt aus:

„Ein ganzes Jahrhundert hindurch hatten die geistreichsten Prediger, Männer des Gebets und des Glaubens, des Gewissens und der Gnade auf den Berliner Kanzeln gestanden und das Ergebnis ihrer Arbeit war der völlige kirchliche Bankrott.“

50 Jahre später gab es zahllose gläubige Christen und an vielen Orten eine lebendige Kirche in Deutschland. Trotzdem fiel Deutschland (teils mit Willen, teils mit Duldung, an den meisten Orten ohne Widerspruch) dem falschen Propheten zum Opfer. Das Ergebnis war der völlige nationale Bankrott. In der Zeit des heraufkommenden Nationalsozialismus haben die politischen Vertreter des katholischen Volksteils dank der Standfestigkeit ihrer Wähler ihre Plätze bis zuletzt behaupten können. Wären die evangelischen Wähler in der Erkenntnis der Gefährlichkeit des Nationalsozialismus ebenso klarsehend und standhaft gewesen wie die Katholiken, so hätte vielleicht die Geschichte einen anderen Ablauf ge-

nommen. So aber wurde der deutsche Protestantismus in besonderem Maße zum Rekrutierungsfeld des Nationalsozialismus. Es gab zahllose Menschen, die im Privatleben gute Christen waren. Über ihren persönlichen Bereich hinaus aber waren sie ohne jede Urteilskraft und fielen ohne Hemmung dem falschen Propheten anheim. Die evangelische Kirche Deutschlands als solche aber hat sich erst in Kampfstellung begeben, als Hitler bereits die Macht hatte und das Kind in den Brunnen gefallen war. Wir wollen doch bescheiden und wahrheitsliebend genug sein, dies ganz offen auszusprechen.

Die deutsche Demokratie ist nicht gefestigt

Wie aber ist es heute? Wie wird es morgen sein, wenn die großen Krisen kommen, die wir ganz sicher vor uns haben?

Ich spreche hier nicht als Parteimann. Ich spreche als deutscher Demokrat. Was ich jetzt sage, kann von jedem Politiker, gleich welcher Partei, unterschrieben werden. Die deutsche Demokratie ist nicht gefestigt. Sie befindet sich bis heute in einem sehr kritischen Zustand. Die Zahl der Mitglieder der Parteien ist im Vergleich zur Zahl der wahlberechtigten Bevölkerung geradezu beschämend gering. Nur eine ganz kleine und dünne Schicht von Staatsbürgern hat sich dazu entschlossen, sich einen politischen Arbeitsplatz und einen politischen Standort zu wählen und damit politische Verantwortung zu übernehmen. Es gibt zahllose Christen in Deutschland, die über den fehlenden christlichen Charakter des Volkslebens jammern, die extremsten Forderungen an den Staat stellen, ständig Krokodilstränen über den unzulänglichen Staat und seine Willensträger vergießen, selbst aber keinen Schritt tun, um diesen Zustand zu ändern. Dies bedeutet, daß es den Parteien an den für ihre Arbeit nötigen Kräften vielfach fehlt. Sie haben ein Riesenmaß von Verantwortung. Sie werden heftig kritisiert, aber sie bekommen keine Kraftzufuhr aus der christlichen Gemeinde. Wenn dies nicht anders wird, wird die Demokratie in den Krisenzeiten, die vor uns stehen, ihrer Aufgabe nicht gewachsen sein.

Ich halte es bei dieser Sachlage für eine besondere Aufgabe der Kirchen, unserer in großer Notzeit entstandenen Demokratie christlich gesinnte Staatsbürger zu stellen, die in allen demokratischen Parteien tätig sein sollen. Karl Barth — ich muß gestehen, daß es mir bei seiner politischen Praxis nicht ganz leicht fällt, ihn zu zitieren — sagt in seiner Schrift „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ folgendes:

„Die Bürgergemeinde hat kein allen gemeinsames Bewußtsein ihres Verhältnisses zu Gott. So kann man in ihren Angelegenheiten weder an das Wort noch an den Geist Gottes appellieren. Die Bürgergemeinde als solche ist geistlich blind und unwissend. Sie hat weder Glaube noch Liebe noch Hoffnung. Sie hat kein Bekenntnis und keine Botschaft. In ihr wird nicht gebetet und in ihr ist man nicht Bruder und nicht Schwester.“

So trostlos wäre es in der Tat, wenn nicht die Christengemeinde die Bürgergemeinde, — die Kirchen die Willensträger der Demokratie mit Staatsbürgern ausrüsten würden, die als Bürger zweier Reiche etwas vom Wort und Geist Gottes wissen, die Glaube und Liebe und Hoffnung, ein klares Bekenntnis und eine leuchtende Botschaft haben; die Lüge und Wahrheit zu unterscheiden wissen, die am Scheideweg stehend den rechten Weg erkennen, und die etwas davon wissen, daß wir als Brüder und Schwestern miteinander leben sollen.

Bekommen unsere Demokratie in Deutschland und ihre Willensträger, die Parteien, diese Kraftzufuhr von der christlichen Gemeinde nicht, so ist an eine christliche Verwirklichung im politischen Raum auf lange Sicht nicht zu denken.

Bedenken wir weiter, daß wir in einem ideologischen Zeitalter leben. Die großen Geistes- und Machtkämpfe unserer Zeit werden bis zum heutigen Tag jedenfalls von den Machthabern des Ostens in erster Linie mit der Waffe der Ideologie ausgetragen. Die Frage, woraus die Partei des Proletariats ihre Kraft beziehe, hat Lenin in einer berühmt gewordenen Schrift wie folgt beantwortet:

1. aus dem Klassenbewußtsein der proletarischen Avantgarde, ihrer Ergebenheit für die Revolution, ihrer Ausdauer, ihrer Selbstaufopferung, ihrem Heroismus.
2. ihrer Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, mit proletarischen und nicht proletarischen zu verbinden, sich ihnen anzunähern und sich sogar mit ihnen zu verschmelzen.
3. der Richtigkeit der politischen Strategie und Taktik.

Man kann nicht bestreiten, daß diese östliche Ideologie sich dank dieser Eigenschaften allüberall in der Welt in einem fast unaufhaltsamen Vormarsch befindet. Was hat die westliche Welt ihr entgegenzustellen? Ihre Uneinigkeit? Ihren Materialismus? Ihre Unfähigkeit, aus dem Zwiespalt die Einheit zu machen? Ihre Selbstsicherheit? Ihr Vertrauen auf materielle und militärische Macht? Ihren Mangel an geistiger Substanz? Ihre Blindheit gegenüber den eigenen Fehlern?

Meine Damen und Herren! Wir wissen um die Brüchigkeit ideologischer Systeme. Eine westliche Welt aber, die nicht imstande ist, sich mit solchen Systemen mit der scharfen Waffe des Geistes und der Wahrheit auseinanderzusetzen und die nicht über ein festgefügtes Arsenal von absoluten sittlichen und moralischen Werten verfügt, die alle Staatsbürger und vor allem die Willensträger der Demokratie ohne Unterschied der Partei gegen sich gelten lassen, wird in diesem Kampfe nicht bestehen können. Auch aus diesem Grunde wird klar, daß es für eine christliche Verwirklichung im politischen Raum eine entscheidend wichtige Voraussetzung ist, über krisenfeste, selbstlose, dienstbereite, verantwortungsbewußte, an die christliche Wahrheit gebundene Staatsbürger zu verfügen, die mit ihrer gesamten Existenz für das Eintreten, was sie für recht erkannt haben.

Grenzen der christlichen Verwirklichung

Wir haben uns bis jetzt in einem Bereich bewegt, in dem es einzig auf die sittliche Willensentscheidung des einzelnen, in der Gesellschaft, im vorpolitischen Raum und bei der politischen Willensbildung im Rahmen des modernen demokratischen Staats ankam. Wir haben gesehen, daß es keine christliche Verwirklichung im politischen Raum ohne solche in völliger Freiwilligkeit an Hand absoluter Maßstäbe erfolgender Entscheidungen von Einzelpersonlichkeiten gibt und daß solchen auf der Basis der Freiwilligkeit erfolgenden Entscheidungen der christlichen Bürger und der christlichen Gemeinde eine außerordentliche große Bedeutung für die Gestaltung der menschlichen Gemeinschaft zukommt.

Durch solche freiwilligen Entscheidungen wird der menschlichen Gemeinschaftsordnung ein Fundament gegeben, das Bestand hat.

Nunmehr ist aber die Frage zu klären, welches die Grenzen der christlichen Verwirklichung in dem — im engeren Sinne — politischen Raum sind, in dem der Staat (ich zitiere die Barmer theologische Erklärung von 1934)

„nach dem Maße menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“

hat.

In diesem Bereiche scheinen die Dinge erheblich anders zu liegen. Der Staat soll zwar in Dingen des Glaubens und der Sitte nicht indifferent sein. Es gibt für ihn keine Neutralität der Werte. Auch für den Staatsmann gelten nach christlichem Verständnis unverzichtbare Maßstäbe wie Recht und Unrecht, Gut und Böse. Diese Maßstäbe hat er nicht aufgerichtet. Sie sind über ihm aufgerichtet. Er hat sie zu bewahren und anzuwenden. Er hat die Guten zu schützen, die Bösen zu strafen. Es gehört zum Wesen des Staates, dabei Zwang und Gewalt anzuwenden und z. B. den Strafrichtern die Macht zu geben, den Menschen, die gegen das Strafgesetz verstoßen, die Freiheit zu nehmen.

Dies ist die Auffassung Luthers, dessen Lehre von den zwei Reichen jahrhundertlang in und außerhalb Deutschlands unerhört mißbraucht und mißverstanden wurde. Seine Schrift „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei“ enthält in ihrem dritten Teil eine An-

weisung für das christliche Verhalten der Staatsmänner, die man auch heute noch fast Wort für Wort unterschreiben kann. Luther bindet die Staatsmänner an das Gesetz der Liebe, das ihnen allein den rechten Weg weisen könne und warnt sie vor Eigennutz und Selbstsucht. Er ermahnt sie in eindringlichster Weise zur Gottesfurcht, Nächstenliebe und Gottvertrauen.

Karl Barth bezeichnet als die Aufgabe des Staates ganz allgemein, den Raum für die Verkündigung des Evangeliums frei zu machen. Nach seiner Auffassung gibt es zwar nicht den christlichen Staat, aber es gibt staatliche Formen und staatliches Handeln, die in einer größeren oder geringeren Affinität zum Evangelium stehen. Es hat also auch der Staatsmann glaubensmäßig bedingte, ethische Entscheidungen zu treffen.

Unzweifelhaft aber setzt die Staatsauffassung der Reformation dem Staate in der Anwendung von Zwang und Gewalt auf bestimmten Gebieten feste Grenzen. Dies ergibt sich aus folgenden Überlegungen:

In der oben angeführten Schrift Luthers „Von der weltlichen Obrigkeit und wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei“, hat Luther den zweiten Teil der Erörterung der Frage gewidmet, „Wie weit sich weltliche Obrigkeit erstrecke“. In der Einleitung erklärt Luther, man müsse auch lernen, wie lang der Obrigkeit Arm und Hand reiche, „daß sie sich nicht zu weit strecke und Gott in sein Reich und Regiment greife“. Dies sei sehr nötig zu wissen. „Denn unerträglicher und greulicher Schaden daraus folgt, so man der Obrigkeit zu weit Raum gibt.“ Dann kommt der entscheidende Satz:

„Denn über die Seele kann und will Gott niemand regieren lassen, denn sich selbst allein. Darum wo weltliche Gewalt sich vermißt, der Seele Gesetz zu geben, da greift sie Gott in sein Regiment und verführt und verderbt nur die Seelen. Das wollen wir so klar machen, daß mans greifen sollte, auf daß unsere Junker, die Fürsten und Bischöfe, sehen, was für Narren sie sind, wenn sie Leute mit ihren Gesetzen und Geboten zwingen wollen, anders oder so zu glauben.“

Diese Generallinie zieht sich durch diesen ganzen Teil der Schrift hin.

„Der Seele soll und kann niemand gebieten, er wisse ihr denn den Weg zu weisen gen Himmel.“

„Es ist unmöglich und umsonst, jemand zu gebieten oder zu zwingen mit Gewalt, so oder so zu glauben.“

„Ketzerei ist ein geistliches Ding. Das kann man mit keinem Eisen hauen, mit keinem Feuer verbrennen, mit keinem Wasser ertränken.“

Offenkundig also statuiert die Reformation die Freiheit des Menschen sich für den Unglauben zu entscheiden. Dieses ist der entscheidende Grund, der Luther veranlaßt, die Grenzen der Obrigkeit in allen Fragen des Glaubens und der Seele eng zu ziehen und vor der Überschreitung dieser Grenzen eindringlich zu warnen. Er weiß, daß es unzählige Menschen gibt, die sich für den Unglauben entschieden haben und schreckt davor zurück, sie durch staatliche Gewalt zum Glauben oder zu einem entsprechenden Leben zu zwingen. Luther warnt offenkundig vor übergroßen oder schwärmerischen Hoffnungen auf die Ergebnisse der Anwendung staatlicher Gewalt. So eindeutig und entschlossen er die Staatsmänner seiner Zeit dazu ermahnt, auf Gott zu hören und sich von ihm unterrichten zu lassen, so skeptisch und zurückhaltend ist er in seinen Erwartungen, durch weltliches Regiment, also durch Zwangsmaßnahmen die Welt und die breite Masse zu einem christlichen Verhalten veranlassen zu können.

„Die Welt und die Menge ist und bleibt Unchristen, ob sie gleich alle getauft und Christen heißen. Darum leidets sichs in der Welt nicht, daß ein christliches Regiment gemein werde über alle Welt, ja noch über ein Land oder große Menge. Denn der Bösen sind immer viel mehr denn die Frommen.“

Dem weltlichen Regiment wird daher die Aufgabe zugewiesen, „äußerlich Frieden zu schaffen und bösen Werken zu wehren“. Aber auch aus

Gründen der Staatsklugheit warnt Luther vor enthusiastischen Hoffnungen staatlicher Gewaltmaßnahmen: Ganz kühl erklärt er: „Wer nicht kann durch die Finger sehen, der kann nicht regieren.“ Ganz auf dieser Linie liegt es, wenn Karl Barth der polis die Aufgabe der „Sicherung sowohl der äußeren, relativen, vorläufigen Freiheit der einzelnen als auch des äußeren, relativen, vorläufigen Friedens ihrer Gemeinschaft und insofern Sicherung der äußeren, relativen, vorläufigen Humanisierung ihres Lebens und Zusammenlebens“ zuweist.

Nicht mehr Staat — sondern weniger Staat

Sehr beachtlich und sicher auch aus der gleichen Grundeinstellung entsprungen ist die in letzter Zeit mehrfach erfolgte Warnung evangelischer Bischöfe wie Lilje und Dibelius vor der Überforderung des Staates: „Nicht mehr Staat, — sondern weniger Staat“ sei heute das Gebot der Stunde.

Aus allen diesen Gründen ergibt sich ganz klar, daß die Staatsauffassung der Reformation dem Staate kein Mandat dafür gibt, in den gewaltigen Kampf zwischen Glauben und Unglauben mit den Mitteln staatlichen Zwangs und staatlicher Gewalt einzugreifen. Der Anwendung staatlichen Zwangs in Fragen der Weltanschauung, des Gewissens und des Glaubens sind durch Gott selbst und durch die Freiheit des Menschen zwischen Glauben und Unglauben zu entscheiden, Grenzen gesetzt, die nicht übersehen und überschritten werden dürfen. Mit der reformatorischen Staatsauffassung kann weder ein totalitärer noch ein christlicher Polizeistaat vereinbar werden.

Sie sind gefährliche Phantome, vor denen gewarnt werden muß. Auch wenn wir in Deutschland ein der Mehrheit nach christliches Volk wären, — ich habe Anlaß, trotz des Ausfalls der letzten Bundestagswahl vom 6. September 1953 hieran zu zweifeln — hätte der Staat keine Zuständigkeit, in Sachen der Weltanschauung und des Glaubens staatlichen Zwang anzuwenden.

Die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Schrift und Bild und die Abschaffung der Zensur muß unter diesen Aspekten betrachtet und dem Grundsatz nach bejaht werden.

Wenn dies festgestellt wird, so soll damit die Notwendigkeit gesetzlichen Schutzes für die sittlichen und moralischen Grundlagen der menschlichen Gemeinschaft keinesfalls verneint, sondern ausdrücklich bejaht werden.

Gewarnt werden muß aber vor einer Überbewertung staatlichen Zwangs. Hier kommt es entscheidend auf die Akzente an. Bei Ausübung staatlichen Zwangs in sittlichen Fragen besteht immer die Gefahr der Aufrichtung von Fassaden und potemkinschen Dörfern, hinter denen nichts steht. Wenn Menschen in freier sittlicher Entscheidung sich für das Gute und gegen das Böse, für den Glauben und gegen den Unglauben entscheiden, dann ist Raum für das Gute gewonnen, dann hat sich ein Stück christlicher Verwirklichung ereignet. Wenn ich nur ein Polizeiverbot aufrichte, dann werden zwar vielleicht Schwache geschützt, was gut und notwendig sein kann und die Aufgabe des Staates ist, aber das Land hinter dem Polizeivorhang ist noch längst kein für die Herrschaft Gottes erobertes Land. Wenn Menschen geändert werden, ist das Land für das Gute frei. Wenn Gesetze geändert und Verbotstafeln aufgerichtet werden, besteht dafür noch keine Gewähr. Ich weiß, daß viele über diese Frage anders denken und daß ich mich mit diesen Feststellungen der Gefahr aussetze, mißverstanden zu werden. Kein Zweifel kann aber darüber bestehen, daß die freie sittliche Entscheidung einzelner Bürger für das Gute einen größeren und dauerhafteren Wert hat als Polizeimaßnahmen. Die Prohibition in Amerika hat in dieses Land die Herrschaft der Gangsterbanden gebracht. Die Herrschaft Gottes im öffentlichen Leben ist nicht in erster Linie durch Polizeimaßnahmen, sondern durch die Änderung der Herzen einzelner Menschen zu bewirken. Kommt diese zu Stande, dann sind der Demokratie Kraftquellen erschlossen, die nicht mehr verschüttet werden können. Der Schwerpunkt des christlichen Beitrags für die Schaffung einer guten Gemeinschaftsordnung liegt jedenfalls nicht in dem, was durch staatlichen Zwang geschaffen werden kann, sondern in dem Sosein und nicht anders sein von Bürgern, die in das Kraftfeld des göttlichen Wortes und Geistes gekommen sind, aus den Gerichten Gottes mit un-

serem Volk und den bitteren Erfahrungen unserer Geschichte gelernt haben und in ihrem Wesen und in ihrer Haltung gegenüber sittlichen und politischen Fragen geändert wurden.

Es wäre eine verlockende Aufgabe, jetzt noch in eine Erörterung darüber einzutreten, wie diese Grundsätze etwa auf die heutige politische Situation in der Bundesrepublik anzuwenden sind. Im bundespolitischen Raum stehen wir tagtäglich vor Entscheidungen wichtigster Art, die wir nur dann richtig fällen können, wenn wir Klarheit über diese Grundfragen der christlichen Verwirklichung im politischen Raum haben.

Noch haben wir die Freiheit der Entscheidung

Zum Schlusse möge es mir gestattet sein, folgendes auszusprechen: Ein ungeheurer Kampf um die Ordnung und Gestaltung des menschlichen Gemeinschaftslebens durchtobt die Welt. Der Osten ist totalitär bestimmt und will der ganzen Welt eine Ordnung aufzwingen. Die freie Welt ist heute noch uneinig und zerfallen. Ofenkundig aber mehrt sich angesichts der Verworrenheit der Weltlage die Zahl der Menschen, die der Überzeugung sind, die Menschen täten gut daran, diejenige Art zu leben anzunehmen, die der Herr Christus seinen Nachfolgern anbefohlen hat. Vielleicht wird es in nicht zu ferner Zeit gar keine Möglichkeit eines gemeinschaftlichen Lebens der Menschen mehr geben als die nach dieser Regel. Umso größer ist die Verantwortung der christlichen Gemeinde dafür, daß sie allen Andersdenkenden durch ihre beispielhafte Haltung ein Gemeinschaftsleben nach der christlichen Regel anbietet und anziehend macht.

Der Raum für eine christliche Verwirklichung im politischen Raum ist unerhört weit. Noch haben wir die Freiheit der Entscheidung. Wie lange wir sie noch haben werden, weiß niemand. Niemand ist gehindert, als Arbeiter an die Ernte zu gehen. Niemand ist gehindert in

seinem persönlichen Leben, in seinem Familienleben, in seinem Betrieb auf die Stimme seines göttlichen Herrn zu hören und in Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflichten unserem Volk dazu zu verhelfen, diesmal, wieder am Scheidewege stehend, den rechten Weg zu wählen. Wir haben volle Freiheit, auch unseren politischen Gegnern Güte und Freundschaft entgegenzubringen. Gerade von unserer Fähigkeit dies zu tun, wird unendlich viel abhängen. Es ist uns Deutschen bisher nicht gelungen, im innenpolitischen Raum eine Bereinigung zu Stande zu bringen und eine gute Atmosphäre zu schaffen. Es ist uns nicht gelungen, die Herzen der Franzosen zu gewinnen und ihr Mißtrauen und ihre Furcht zu überwinden. Möge es unserem Volke geschenkt werden, durch eine neue, aus göttlichem Geist geschöpfte Lebensqualität einen Beitrag zum Wiederaufbau der Welt zu erbringen, der wir so viel Leid zugefügt haben.

Anmerkung

Chester Bowles, ehemaliger Botschafter der Vereinigten Staaten in Indien, ehemaliger Gouverneur des Staates Connecticut und Leiter des Amtes für die Stabilisierung der Wirtschaft; Autor des Buches: „Bericht eines Botschafters“.

Paul Bausch, MdB, geb. 27. Mai 1895 in Korntal. Ab 1910 Laufbahn des gehobenen württembergischen Verwaltungsdienstes. 1914—18 Kriegsteilnehmer. 1919 Staatsprüfung für den Verwaltungsdienst. 1920 Beamter beim Württembergischen Wirtschaftsministerium. Beschäftigte sich nach seiner Rückkehr aus dem ersten Weltkrieg intensiv mit politischen Fragen, besonders mit der Frage, welche politische Haltung der evangelische Christ in der neugegründeten Demokratie einzunehmen habe. 1924 Mitgründer des Christlich-Sozialen Volksdienstes. 1928—1930 Abgeordneter des Christlich-Sozialen Volksdienstes im Württembergischen Landtag, 1930—1933 im Deutschen Reichstag. Nach 1945 maßgebliche Beteiligung am Aufbau der CDU in Württemberg-Baden. 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, danach des Landtages Württemberg-Baden. Mitglied des Landesvorstandes der CDU Nordwürttemberg. Vor dem Eintritt in den 1. Bundestag Oberregierungsrat und Hauptabteilungsleiter im Wirtschaftsministerium in Stuttgart.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- | | | | |
|---------------------------|---|----------------------------|--|
| <i>Dieter Ehlers:</i> | „Die Methoden der Beck-Görde-
ler-Verschörung“ | <i>Michael Schmaus /</i> | „Das Wesen der Kirche in katho-
lischer Sicht“ |
| <i>Walter Ehrenstein:</i> | „Die Mitarbeit der Schule gegen
den Massengeist“ | <i>Thomas Sartory:</i> | |
| <i>Helmut Gollwitzer:</i> | „Einheit und Reformation der
Kirche“ | <i>Carlo Schmid:</i> | „Deutschland und Frankreich“ |
| <i>Roland Klaus:</i> | „Nicht gestern, Freund, morgen!“ | <i>Kurt Sendtner:</i> | „Die militärische Widerstands-
bewegung vom Ausbruch des
2. Weltkrieges bis zum Beginn
des Westfeldzuges“ |
| <i>Michael Prawdin:</i> | Rußland, Sowjetrußland oder
Europa? | <i>Adelbert Weinstein:</i> | „Die Verteidigung ist unteilbar“ |
| | | <i>Aus den Akten des</i> | „Originalakten zum Ablauf des
20. Juli, 2. Fortsetzung: 20. Juli“ |
| | | . . . | „Urkunden zur Judenpolitik des
Dritten Reiches“ |

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung (einschl. Beilage) nur an die Vertriebsabteilung Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23